

Art. 55, Erl. 1, 2

Damit wurde von einem Manne, der intime Kenntnisse aus seiner Tätigkeit im Herzen des Parteiapparates gewann, bestätigt, was insbesondere geflüchtete Wahlvorsteher schon früher berichtet hatten². Die Verletzungen des Wahlheimnisses und der Wahlfreiheit sowie die Wahlfälschungen sind die unausweichlichen Konsequenzen für die Praxis, wenn man glaube, es käme nicht auf den empirischen Willen, sondern auf den »geschichtlich-notwendigen« Willen der Bürger an (vgl. Zitat von Polak in -> Erl. 1 zu Art. 1).

Artikel 55 Die Volkskammer tritt spätestens am 30. Tage nach der Wahl zusammen.

Der Präsident muß die Volkskammer einberufen, wenn die Regierung oder mindestens ein Fünftel der Abgeordneten der Volkskammer es verlangen.

1. Bis zur Schaffung des Staatsrates der »DDR« hatte das Präsidium der Volkskammer der abgelaufenen Legislaturperiode das Recht, die erste Tagung der Volkskammer nach der Neuwahl einzuberufen. Jetzt steht diese Befugnis dem Staatsrat zu (Art. 106 Abs. 1).

2. Mit dem Tage der ersten Sitzung beginnt die Sitzungsperiode der Volkskammer. Sie endet mit dem Tage des Ablaufes der Wahlperiode oder ihrer Auflösung (§ 1 Geschäftsordnung).

2 Näheres: Für die Wahlen im Jahre 1950: Der große Wahlbetrug am 15. Oktober 1950 in der Sowjetischen Besatzungszone, herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen; Unrecht als System, Teil I, Dokumente 217 bis 222

Für die Wahlen im Jahre 1954: Volkswahlen, Wahlterror, Wahlbeeinflussung und Wahlbehinderung bei den Wahlen zur Volkskammer am 17. Oktober 1954 in der Sowjetzone, herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen; Unrecht als System, Teil II, Dokumente 14 bis 19

Für die Wahlen im Jahre 1957: Wahlen gegen Recht und Gesetz, Die Gemeinde- und Kreistagswahlen in der Sowjetzone vom 23. Juli 1957, herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen; Unrecht als System, Teil III, Dokumente 24 bis 27

Zusammenfassend, einschließlich der Wahlen 1958: Die Wahlen in der Sowjetzone, Dokumente und Materialien, herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen 1960